

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Roland Heintze, Jörg Hamann, Nikolaus Haufler,  
Thilo Kleibauer, Thomas Kreuzmann, Wolfhard Ploog (CDU) und Fraktion**

### **Haushaltsplan-Entwurf 2015/2016**

#### **Einzelplan 1.01 Bürgerschaft**

Aufgabenbereich 200 Bürgerschaft

Produktgruppe 20001 Bürgerschaftskanzlei

#### **Einzelplan 9.1 Finanzbehörde**

Aufgabenbereich 279 Senatsassistenten

Produktgruppe 27902 Haushalt- und Aufgabenplanung

### **Betr.: Bürgerschaft stärken – Vergabe von eigenen Gutachten ermöglichen**

Die Hamburgische Bürgerschaft musste in den letzten Jahren neben den alltäglichen behördenbetreffenden Themen auch über sehr komplexe ökonomische und rechtliche Fragestellungen entscheiden, die ihr der Senat zur Entscheidung vorgelegt hat. Zu diesen Entscheidungen zählen unter anderem die Aufstockung der Garantie bei der HSH Nordbank, der Ankauf der zweiten Hapag-Lloyd-Tranche oder der Ankauf der Energienetze<sup>1</sup>. Diese Themen erfordern zum Teil extrem spezialisierte Kenntnisse. Das wird deutlich, wenn man bedenkt, dass selbst der Senat mit seinen großen Personalressourcen hier Gutachten an externe Fachleute zur eigenen Entscheidungsfindung vergibt.

Auf das eigene und das „eingekaufte“ Wissen gibt der Senat in der Regel aus Eigeninteresse nur eingeschränkt Einblick, sodass insbesondere hier ein deutliches Informationsungleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive herrscht. Dieses kann durch eigene Ressourcen für die Vergabe von Gutachten der Bürgerschaft zum Teil kompensiert werden. Hierbei soll zunächst ein Ansatz von 50.000 Euro pro Jahr veranschlagt werden.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

1. Der Ansatz des Kontenbereichs 2 „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ im Ergebnisplan der Produktgruppe 20001 wird für das Jahr 2015  
von 3.663.000 Euro  
um 50.000 Euro

---

<sup>1</sup> Der Senat ist laut LHO nicht verpflichtet, die Zustimmung der Bürgerschaft bei Unternehmenskäufen einzuholen. Der SPD-Senat ist beim Kauf der Netze und der zweiten Hapag-Lloyd-Tranche aber aus politischen Erwägungen so verfahren.

auf 3.713.000 Euro  
und für das Jahr 2016  
von 3.596.000 Euro  
um 50.000 Euro  
auf 3.646.000 Euro  
erhöht.

2. Zur Gegenfinanzierung wird der Ansatz des Kontenbereichs 2 „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ im Ergebnisplan der Produktgruppe 27902 für das Jahr 2015

von 1.556.000 Euro  
um 50.000 Euro  
auf 1.506.000 Euro  
und für das Jahr 2016  
von 1.603.000 Euro  
um 50.000 Euro  
auf 1.553.000 Euro  
abgesenkt.

Der Ansatz für Prüfung, Beratung und Rechtsschutz der Jahre 2015/2016 beträgt innerhalb dieser Kontengruppe jeweils 120.000 Euro. In den Jahren 2012 und 2013 wurde er nur mit 0 beziehungsweise 5.000 Euro in Anspruch genommen. Eine Ansatzkürzung um 50.000 Euro ist somit vertretbar.